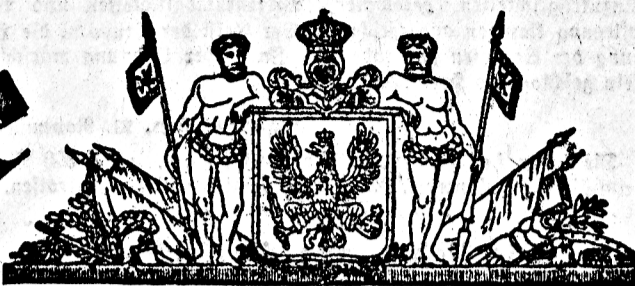


# Vossische



# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“, Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücke-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tagl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2,80 M. oder viertelj. 8,40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 20 Pf. u. 40 Pf. Preisveränderung zuzüglich. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Annahmehin eine bestimmte Nummer. Annahme im Uhlsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Metzplatz 11 850, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 281.

## Süddeutschland gegen jede Diktatur.

### Reichsleitung und Bundesstaaten

Die „Pol. Post.“, die mit Regierungsstellen in Verbindung stehen, melden: „Für die auf Montag einberufene Versammlung der Vertreter der einzelnen deutschen Freistaaten mit der Reichsleitung ist ein festes Programm nicht vorgesehen, um die Aussprache nicht einzuschränken. Mangels jeder Bestimmung über das Stimmverhältnis der einzelnen Freistaaten wird auch keine Abstimmung stattfinden, da es sich nicht um einen Revolutionsbesatz für den Bundesrat handelt, sondern nur um eine klärende Aussprache, wobei naturgemäß zur Sprache kommen dürften: die Verteilung der Kompetenzen zwischen Reichsregierung und Bundesregierung, sowie zwischen Reichsregierung und Landesregierung und das mit allen diesen Fragen eng zusammenhängende Problem der Konföderation. Die Absicht ist, eine Auflösung des Reiches hinauszuschieben, die unvermeidlich wäre, wenn die unpopuläre Mehrheit des Deutschen Reiches auf die Dauer von der Mitwirkung an der Regierung ausgeschlossen bliebe und die Leitung des Reiches allein in den Händen lokaler Berliner Gewalten läge. Der schon unter dem alten Regime gehörte Ruf: Los von Berlin! würde dann mit unübersehbarer Kraft durch ganz Deutschland drängen.“

### Der triumphierende Bolschewismus.

#### Bowlehege gegen die deutsche Regierung.

Haag, 21. November.  
Russisch-Kiew-Bureau meldet: Die drahtlose Station von St. Petersburg hat an die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte folgenden Funkpruch übermittelt: Kadel schreibt in der „Swetskja“ unter der Überschrift: „Antirevolutionäre Politik von Haase und Ebert“: „Wir stehen hier vor einem Beispiel des Verrates, der viel schlimmer ist als der Verrat vom August 1914. Damals hat die machtlose Arbeiterklasse vor dem allmächtigen Kapital kapituliert. Die gegenwärtige Politik Haases und Eberts ist nicht einmal eine Kapitulation, sondern ein Vorschlag mitzuhelfen, um den Aufmarsch der internationalen Revolution gegen den Kapitalismus zu hemmen. Hier ergibt sich mit zehnfacher Beweisstärke der konterrevolutionäre Charakter des Ueberrestes der deutschen Internationale. Die Bedrücker werden aber bedroht sein, denn die Kraftmittel der Volksmassen und die Desorganisation des Wirtschaftslebens sind so groß, daß der Bolschewismus triumphieren wird, ehe die amerikanische Hilfe zur Vernichtung des Bolschewismus zur Stelle sein kann.“

### Die Vorbedingung der Uerforgung Deutschlands.

#### Beauftragung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 21. November.

Heuter meldet aus London: Das Lebensmittelministerium gibt bekannt, das der Nahrungsrat der Alliierten nichts von der Mitteilung wisse, die aus Berlin an die „Vossische Zeitung“ geschickt wurde und die besagt, Deutschland habe Vorkehrungen getroffen, um monatlich 75 000 Tonnen Fett, 150 000 Tonnen Fleisch und 280 000 Tonnen Mais zu empfangen. Eine derartige Versorgung sei im Nahrungsrat nicht besprochen worden. Man werde nicht gestatten, daß Vorräte nach Deutschland geschickt werden, ehe sich der Rat über die politischen Zustände in Deutschland vergewissert habe.

### Friedensfrage und Demokratie.

In führenden politischen Kreisen wird über das Verhältnis der Friedensfrage zur inneren Gestaltung Deutschlands folgende Auffassung vertreten: „Genau so wie die Kurzfristigkeit der Statgeber des alten Regimes nicht sehen wollte, daß die Noben Wilhelms die Beseitigung Wilhelms II. verlangten, so verdennt jetzt der Volksgestalt, daß Amerika und die Entente nur mit einer geordneten, vom ganzen Deutschen Volk bestimmten Regierung Friedensschließen wollen und werden.“

Den Beweis dafür findet man u. a. auch darin, daß Admiral Dacilly — scheinlich auf Weisung seiner Regierung — den Empfang von Vertretern des A. u. S.-R. abgelehnt hat, und daß keine Lebensmittel nach Deutschland geschickt werden sollen, ehe nicht eine dauernde feste Regierung auf gesicherter demokratischer Grundlage besteht.“

### Erklärungen des badischen Volksministers.

#### Drohmelbung unseres Sonderberichterstatters

\* Karlsruhe, 21. November.

Die Nachrichten, die über die Verhandlungen des Volksgestalts des A. u. S.-Rates mit der Reichsregierung aus Berlin nach Baden gebrungen sind, haben hier das höchste Erstaunen hervorgerufen. Die Stimmung im Lande ist unbedingt gegen die un-demokratischen Berliner Beschlüsse, und auch das Ministerium steht auf diesem Standpunkt. Ich wurde heute vom Minister des Innern, dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas, empfangen, der mir die folgenden Erklärungen abgab:

Die Umwälzung in Baden hat sich ohne ernstliche Störungen vollzogen. Dem Ministerium gehören sieben Sozialdemokraten, darunter zwei Unabhängige, an, ferner zwei Zentrumslente, ein Nationalliberaler und ein Fortschrittler. Ministerpräsident ist der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Geß. Das Ministerium arbeitet in dem besten Einvernehmen. Alle sind von dem Bestreben geleitet, das badische Volk in Ordnung in die neue Zeit und den Frieden hindüberzuführen. Vielleicht ist die Zusammenarbeit in Baden deswegen besonders leicht, weil das badische Volk in seiner Gesamtheit ohne Unterschied der Parteistellung demokratische Grundgesinnung hat. Wir sind auch alle darüber klar, daß die finanzielle Lage stark sozialistische Maßnahmen erfordert.

In den ersten Tagen der Umwälzung waren durch das Eingreifen der vom besten Willen geleiteten Soldatenräte, die aber naturgemäß alle Folgen ihrer Maßnahmen nicht übersehen konnten, manchelei Schwierigkeiten entstanden. Die Soldatenräte haben sich aber jetzt gereinigt, ihre Vertreter gehören dem Ministerium für militärische Angelegenheiten an; die Verbindung mit den alten militärischen Stellen, deren Wirtarbeit dringend notwendig ist, ist hergestellt. Heute werden in einer Versammlung, die in Mannheim stattfindet, die Arbeiterräte ihre zentrale bilden. Das führt zu einem weiteren Ausbau der Organisation. Durch die Schaffung dieser zentrale wird die enge Zusammenarbeit des Ministeriums mit den Arbeiterräten ermöglicht.

Wir haben die Wahl der badischen Nationalversammlung schon auf den 5. Januar festgesetzt; die Nationalversammlung entscheidet über die badische Staatsform. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Baden, das heute schon ein Freistaat ist, auch nach den Beschlüssen der Nationalversammlung die republikanische Staatsform haben wird. Wir dürfen übrigens mit Genugtuung feststellen, daß die Auseinandersetzung mit dem Großherzog sich in würdiger Form vollzogen hat.

Die überwältigende Mehrheit des badischen Volkes — ich glaube sagen zu dürfen, das ganze badische Volk — verlangt die schnelle Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung für Deutschland. Diesen Standpunkt vertritt auch einstimmig unser Ministerium. Das demokratische Baden hat mit dem stärksten Antillen die Militärdiktatur des alten Systems ertragen; wir werden uns auf keinen Fall eine neue Berliner Diktatur gefallen lassen. Wir hoffen aber, daß die Entwicklung in Berlin und in Preußen sich im Geiste einer wahrhaften Demokratie vollziehen wird; eine Gewaltherrschaft werden wir niemals ertragen.

C. M. Schmidt

### Die weltpreuzische Kartoffelernte bedroht?

Danzig, 21. November.

Ueber Westpreußen geht seit letzter Nacht ein starker Schneefall nieder. Dadurch wird die Einerntung von Millionen Zentnern Kartoffeln und Rüben die durch die herrschende Grippe und die abrückenden russischen Kriegsgefangenen verzögert wurde, zur Unmöglichkeit. Die Felder sind zentimeterhoch mit Schnee bedeckt.

### Neuer Protest der Waffenstillstandskommission

Praktisch völlig unausführbare Bedingungen.

Berlin, 21. November. (W. T. B.)

Der Vorsitzende der ständigen Waffenstillstandskommission in Spaan, General v. Winterfeldt, hat gestern auf eine Reihe deutscherseits vorgeschlagener Erleichterungen von seiten des Marschalls Foch folgende Antwort erhalten:

„Den im Briefe des Generalmajors von Winterfeldt vom 18. November enthaltenen Forderungen bezüglich der militärischen Bedingungen (des Waffenstillstandes) kann keine Folge gegeben werden...“

Daraufhin hat General v. Winterfeldt im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Czjberg, heute folgenden Protest abgegeben:

Die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen, die von der deutschen Waffenstillstandskommission in ihrer Note vom 18. November unter eingehender Begründung angetragen worden war, ist vom Marschall Foch rundweg abgelehnt worden. Es bleiben daher Bedingungen im Kraft, wie sie in der Geschichte wohl noch nicht aufgelegt worden sind. Ein modernes Heer von über drei Millionen Mann, mit einem komplizierten technischen Apparat soll in Gewaltmärschen in ungünstiger Jahreszeit auf vielfach schlechten und gebirgigen Wegen über die Dellen des Rheins in voller Ordnung zurückgeführt werden. Die Stollbevölkerung der Gebiete, die von diesen Heereskolonnen durchzogen werden, soll dabei vor jeder Belästigung bewahrt bleiben. Gleichzeitig werden dem Heere gewaltige Transportmittel abgenommen, und ein ungeheures Kriegsmaterial und viele Tausende von Gefangenen der verschiedensten Nationalitäten sollen ordnungsgemäß und in tadellosem Zustande übergeben werden. Es darf an das unparteiische Urteil jedes erfahrenen Offiziers der Truppe oder des Generalstabes appelliert werden, um zu entscheiden, ob eine derartige Leistung überhaupt im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Kriegsgeschichte wird in dieser Beziehung später ein sehr deutliches Urteil sprechen.

Nachdem somit eine Milderung der praktisch völlig unausführbaren Bedingungen abgelehnt worden ist, trotzdem die militärischen und politischen Verhältnisse, die zur Aufstellung solcher Bedingungen geführt hatten, sich seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Grund aus verändert haben, kann nur angenommen werden, daß es die Absicht des Oberkommandos der Alliierten ist, noch während des Waffenstillstandes ein Heer völlig aufzulösen und zu vernichten, das während 50 Monaten gegen übermächtige Gegner rühmlich standgehalten hat, und dessen Front bei Einstellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende von tapferen Männern, die in Erfüllung ihrer Pflicht für ihr Vaterland gekämpft haben, werden infolge der ausgezogenen Gewaltmärsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder kurz nach vor dem Erreichen der Heimat in Gefangenschaft geraten. Es darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob ein derartiges Ergebnis dem Sinn eines Waffenstillstandes entspricht, der doch den Zweck haben sollte, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen und einen Frieden der Versöhnung und der Gerechtigkeit anzubahnen, oder ob nicht vielmehr eine solche Erzwingung unmöglicher Bedingungen eine nutzlose Fortsetzung der Feindseligkeiten in besonders unerträglicher und unmenschlicher Form darstellt.

Daß durch die schonungslose Ausführung der harten Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und Kindern von Anarchie und Hungersnot bedroht werden wird, ist zu wiederholten Malen mit größtem Nachdruck hervorgehoben worden. Diese den Geboten der Menschlichkeit entsprechenden Vorstellungen scheinen keinerlei Beachtung gefunden zu haben. Unter solchen Umständen bleibt dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission nur übrig, noch einmal ausdrücklich zu erklären, daß Deutschland auch weiterhin alles tun wird, was in Menschenkräften steht, um das Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß aber für eine geordnete und pünktliche Durchführung der erzwungenen Bedingungen keine